

»Unser Nachbar NSA«

Tagung im Wiesbadener Landtag: Linksfraktion stellte Drohnenkrieg und Überwachung zur Debatte

Von Lucas Wirl, Reiner Braun

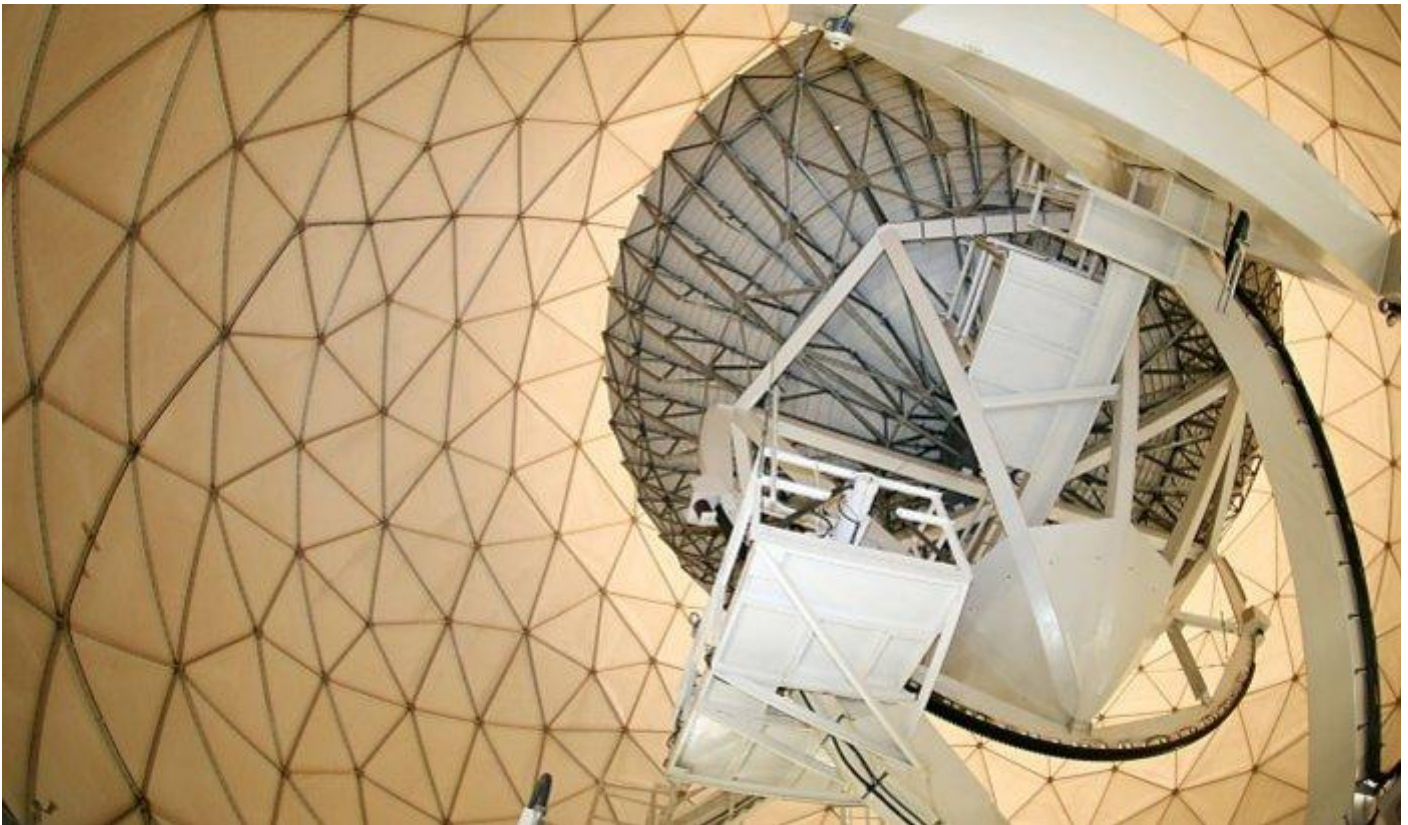


Foto: Michaela Rehle / Reuters

Rund 170 Teilnehmer haben am 11. und 12. September auf der Tagung »Unser Nachbar NSA – Geheime Aktivitäten der US-Nachrichtendienste in Deutschland« im Hessischen Landtag über Geheimdienste und deren Rolle bei Überwachung und Drohnenkrieg diskutiert. Veranstalter waren die Landtagsfraktion Die Linke sowie die Juristen und Juristinnen gegen atomare, biologische und chemische Waffen (IALANA e.V.) und weitere Kooperationspartner.

Die Tagung begann mit einer Veranstaltung, auf der *Zeit*-Autor Christian Fuchs und *Spiegel*-Journalist Marcel Rosenbach über die vor allem durch Edward Snowden und Wikileaks bekanntgewordenen Aktivitäten der US-Geheimdienste berichteten. Deren völkerrechts- und grundgesetzwidriges Verhalten hob Bundesverwaltungsrichter Dieter Deiseroth hervor. Es stehe im Widerspruch zur Schutzpflicht der Bundesregierung für die informelle Selbstbestimmung der Bürger. Wolfgang Nešković, Bundesrichter a.D. betonte, eine Gesellschaft unter permanenter Beobachtung

sei keine Demokratie mehr. Die Geheimdienstkontrolle in der BRD sei ein makaberer Witz: »Es gibt 10.000 Geheimdienstmitarbeiter, und neun Kontrolleure.«

Tenor der Veranstaltung: Die Überwachung ist außer Rand und Band. Seit den 1990er Jahren habe sich Hessen zum Hauptstandort geheimdienstlicher Aktivitäten der USA in Deutschland entwickelt. In Wiesbaden liegt die Europazentrale der National Security Agency (NSA). Der hessische Staatsminister a.D. Jörg Jordan (SPD) sagte in einem Grußwort, es gebe seit Mitte der 1990er Jahre Konversionspläne für die Liegenschaften der US-Army in Wiesbaden, eine Umsetzung sei aber nicht in Sicht. Rosenbach ging auf die Bedeutung der US-Basen ein: »Die nachrichtendienstlichen Ergebnisse aus Wiesbaden schaffen es zweimal pro Woche ins Weiße Haus.« Christian Fuchs erinnerte daran, dass der »Krieg gegen den Terror« maßgeblich von deutschem Boden ausgehe: »Von elf Schritten im US-Drohnenkrieg finden nur zwei in den USA statt, aber sieben in Deutschland.« Ohne Standorte in der BRD – vor allem die US-Airbase Ramstein und AFRICOM, das Stuttgarter Regionalkommando für US-Militäraktionen in Afrika – könnten Drohneneinsätze so nicht stattfinden.

Am Samstag waren technologische Entwicklungen im Kontext von Überwachung und »intelligentem« Krieg Schwerpunkt der Tagung. Claudia Haydt von der »Informationsstelle Militarisierung« kritisierte die zunehmende Verquickung: »Die nach wie vor enge Kooperation zwischen BND, NSA und anderen westlichen Geheimdiensten ist auch der Tatsache geschuldet, dass die Bundesregierung davon ausgeht, bei internationalen Kriegs- und Besatzungseinsätzen auf diesen Informationsaustausch angewiesen zu sein«, so Haydt. Solange sie an Bundeswehrauslandseinsätzen festhalte, sei es für die Regierung opportun, die Kooperation mit der NSA nicht zu gefährden. Umgekehrt könne ein Ende der Auslandseinsätze »den Ausstieg aus dem Überwachungswahnsinn« erleichtern.

Diskussionsteilnehmer forderten anschließend, die Behörden an Recht und Gesetz zu binden. Speziell sei die Schweigepflicht bei Rechtsbruch aufzuheben und ein effektiver Whistleblowerschutz einzuführen – auch für Mitglieder des parlamentarischen Kontrollgremiums.